

# Der Dalang läßt die Puppen tanzen

## Teil II

**Indonesien, eine deutsche Angelegenheit? Das deutsch-indonesische Herrschaftsbündnis der »Neuen Ordnung« als Widerpart der Menschenrechtsbewegung Indonesiens.**

**Der erste Teil ist in südostasien 1-2/99, S. 52-56 erschienen und beleuchtet die Besonderheiten der deutsch-indonesischen Beziehungen seit 1940. Mit den Bankiers Hjalmar Schacht und Hermann-Joseph Abs tauchen zwei Namen auf, die eine »aktive Kolonialpolitik« mit den »richtigen Zielländern« betreiben wollten, um mit dem US-Kapital konkurrieren zu können. Dieser zweite Teil beschäftigt sich mit den Verflechtungen staatlicher Entwicklungshilfe mit den Interessen deutscher Privatunternehmen.**

In der Neuen Ordnung Suhartos konnte mit Gültigkeit der vereinbarten Abkommen über deutsche Kapitalhilfe die alte Strategie Deutschlands weitergeführt werden. Inzwischen hatten sich die Ziele globalisiert, die aggressive und arrogante Art des Vorgehens war erhalten geblieben. Erleichtert wurde dies durch die Kooperation verantwortlicher Politiker und Bürokraten am Grundgedanken des deutschen Grundgesetzes vorbei.

Im Januar 1969 stellte der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Deutschen Bank, Hermann Josef Abs, bei einem Interview mit dem Spiegel sein Konzept für das nächste Jahrzehnt vor: Verstärkte Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, um die eigene Grundstoffversorgung zu sichern und gleichzeitig maximale Profite zu erzielen, in erster Linie Kupfer- und Uranminen sowie Ölquellen ausbauen zur »notwendigen Ergänzung der verwundbaren Wirtschaftsstruktur Deutschlands«. Ein Jahr später wurden die Vorstellungen von Abs' Kapitalpolitik in Scheveningen per Vertrag in die Tat umgesetzt, wieder hatte er die Interessen seines Unternehmens und die Interessen des Staates erfolgreich einander angeglichen, diesmal auch noch im

*Die Autorin ist Lehrerin und freie Journalistin.*

Konsens mit der Weltbank. Die Bundesregierung gab zu, daß tatsächlich »80 Prozent der öffentlichen Kapitalhilfe als Aufträge wieder in die Bundesrepublik zurück(fließen)«. Offiziell erhielten diese staatlichen Investitionen den Namen »Entwicklungshilfe« und wurden von Staatsorganisationen wie KfW, GTZ, DEG etc. ausgeführt.

Die deutschen Entwicklungshilfeprojekte und die Zielsetzungen der indonesischen Fünfjahrespläne (*Repelita*) waren unter maßgeblicher Beteiligung der *Asian Development Bank* (ADB) aufeinander abgestimmt worden. Über die ADB floß ein wesentlicher Teil der deutschen Entwicklungshilfegelder, zu welchem Nutzen, steht im Orientierungsrahmen: Es besteht die »Notwendigkeit einer exportorientierten Strategie«.

### Ausbildung in Sachen »Strategie des schnellen Wirtschaftswachstums«

In weiterer Kooperation wurden indonesische Technokraten vom Westen in der, um sie in ausgewählten Gebieten zu realisieren. Verschiedene Beispiele zeigen, wie der Kreislauf zwischen Staat, Konsumgüter- und Rohstoffliefernder Industrie bilateral zufriedenstellend geschlossen wird. So reisten 1973 drei westdeutsche Experten für Bildungswesen

nach Indonesien, um im Auftrag der Bundesregierung eine Feasibility-(Machbarkeits-)Studie über die materielle Ausstattung der indonesischen Schulen anzufertigen. Bei der Rückkehr der Expertenkommission stellte sich heraus, dass ein Konsortium der Deutschen Bank, Siemens AG und der Allianzversicherung über diverse Schachtelfirmen von dem Auftrag profitierte.

Ein anderes Beispiel: Anfang 1997 bestätigte die deutsche Bundesregierung auf Anfrage, daß vom Bundesverteidigungsministerium ein Teilauftrag für Bundeswehruniformen im Wert von 25 Mio. DM an eine Firma in Singapur weitergegeben worden sei. Diese Firma wiederum fungierte als Mittler an die zentraljavanesische Textilfirma PT Sritex, eine Firma, die in Indonesien für schlechte Umweltstandards und ihr mangelndes soziales Engagement bekannt ist. Am 11. Dezember 1995 demonstrierten 14.000 »Sritex«-ArbeiterInnen und StudentInnen gegen die miserablen Arbeitsbedingungen: Lediglich ein Drittel der etwa 12.000 ArbeiterInnen besaßen eine minimale Absicherung gegen Krankheit, Arbeitsunfälle und Arbeitsunfähigkeit, viele ArbeiterInnen wurden unter dem gesetzlichen Mindestlohn (zwei Mark pro Tag) bezahlt und erhielten nur etwa 1,20 DM täglich. Die Firma PT Sritex befand sich im Besitz der 1996 verstorbenen Prä-

von Eva König

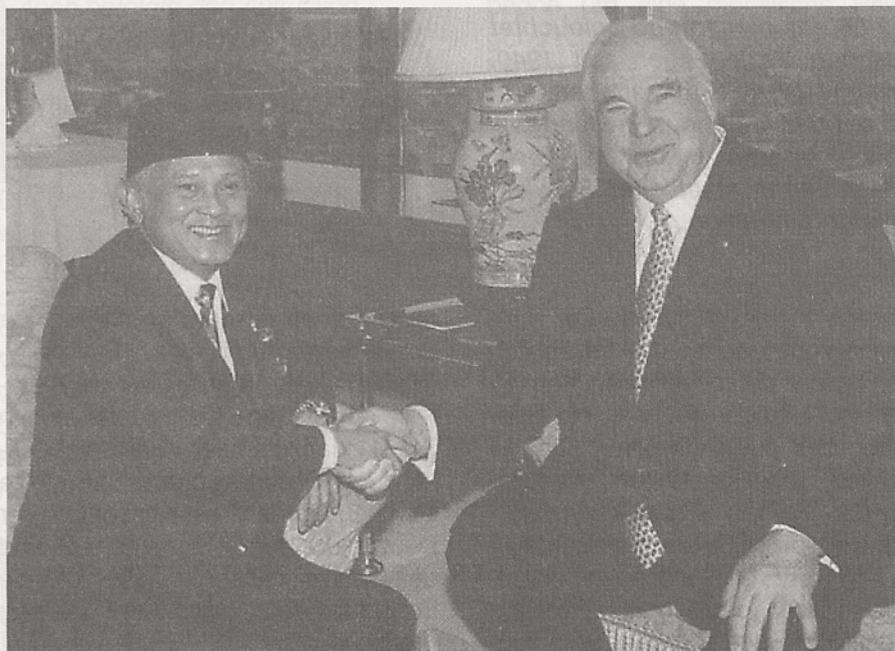
sidentengattin und des damaligen Informationsministers und Vorsitzenden der Regierungspartei GOLKAR, Harmoko. In Deutschland protestierte lediglich die Gewerkschaft IG Textil und Bekleidung gegen die Vergabe des lukrativen Auftrags ins Ausland. Daß internationale Solidarität der Arbeiterschaft höhere Löhne im Ausland und entsprechend bessere Wettbewerbsvoraussetzungen im Inland zur Folge haben können, wurde weder in diesem Fall noch im Mai 1994 zur Kenntnis genommen: Als der Vorsitzende der freien (und des-

trianationen und dank der Kooperation der Großkonzerne an die Macht gelangen. Der Präsident bedankte sich bei seinen internationalen Freunden und lud sie in sein Eldorado aus Öl, Wäldern und Gold ein. Die Fusion mit den modernen Kapitalisten ermöglichte ihm ein Leben in der javanischen Tradition des »Noblesse oblige«. Die Vetternwirtschaft half ihm, seine Macht zu stabilisieren, und er verhalf seinen Cronies zu reichlich Möglichkeiten, Geld zu machen. Sogar einige von Suhartos Kritikern glauben, daß für ihn, wenn nicht so-

che Schulden. Indonesien entwickelte sich schließlich zum weltweit viertgrößten Empfänger internationaler Kredite, der Ende 1996 eine »Summe von 21,4 Mrd. Dollar an Zinsen« (!) zu zahlen hatte.

Daß ein immer größer werdender Teil dieser Kredite in mehr oder weniger bekannten Kanälen versickerte, daß schließlich ohne Bestechung keine einzige Dienstleistung und kein Geschäft mehr lief, störte nicht. Publikationen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie *Transparency International* über die Praktiken des Suharto-Regimes hielten Staatsoberhäupter, Investoren oder Banker genauso wenig von weiterem Big Business ab wie Berichte über den Staatsterror. Und selbst Kritik aus indonesischen Fachkreisen half nichts: Der Wirtschaftsprofessor und Parlamentsabgeordnete Sri Bintang Pamungkas wurde von Suharto persönlich seiner Ämter enthoben und wegen Subversion verurteilt. Genausowenig konnte der Wirtschaftsexperte Prof. Dr. Sumitro ausrichten, der noch kurz vor dem Trefens des *Consultative Group on Indonesia* (CGI) im August 1994 auf das »Verschwinden« von 30 Prozent der Entwicklungsgelder hingewiesen hatte. Die CGI-Mitglieder äußerten keine Bedenken hinsichtlich der Menschenrechtssituation und erhöhten ihren Kredit für dieses Jahr erneut um 92,1 Mio. auf insgesamt 5,2 Mrd. US-Dollar, wobei Deutschland mit einer Steigerung um rund 20 Mio. auf 157,41 Mio. US-Dollar kam und dadurch Platz zwei der Geberländer einnahm.

Erst der totale Finanzcrash in Verbindung mit dem Rücktritt Suhartos ließ die Weltöffentlichkeit aufhorchen. Nun erst wurden Beteiligte für Zeugenaussagen zugänglich, so daß Geschäftspraktiken transparent gemacht werden konnten. Vieles wußte man bereits: Die Suhartos erhielten einfach zu viele »Gefälligkeiten«. Erstaunlicherweise ließen sie eine bemerkenswerte Anzahl von Unternehmensprojekten platzen, kaum daß sie damit in Kontakt gekommen waren. Ihr Vermögen, das politische Gegner auf 40 Mrd. US-Dollar geschätzt hatten, beläuft sich offenbar doch »nur« auf zwei Mrd. US-Dollar. Sie hatten es offensichtlich gar nicht nötig. Denn »was immer sie wünschten, erhielten sie«, so George Benson, ein früherer



aus: FEER v. 25.6.1998, S. 28

Männerfreundschaft: Habibie und Kohl

halb verbotenen) indonesischen Gewerkschaftsvereinigung SBSI, Mochtar Pakpahan, in Europa um Unterstützung der SBSI in Medan (Nordsumatra) bat, schickten ihn der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die sozialdemokratische Friedrich-Ebert-Stiftung mit leeren Händen nach Hause. Der DGB kooperierte offiziell mit der indonesischen Staatsgewerkschaft, die für Verfilzung, Korruption und Interessenvertretung der Arbeitgeberschaft berüchtigt ist. Kurz nach seiner Rückkehr wurde Dr. Pakpahan wegen »Aufwiegelung und Anstiftung zu illegalen Handlungen gegen Gesetz und Autoritäten« zu vier Jahren Haft verurteilt.

## Der Korruptionskonsens

Suharto konnte 1965/66 nur mit Hilfe der Regierungen der Indu-

gar für einige seiner Verwandten das System mehr darauf abzielte, politische Macht aufzubauen als Reichtum. Wenn aber die Erste Familie ihren Untertanen vorlebte, wie gut man mit Habgier und Schmiergeldern, Geschäftspusch und Lügen lebte und sogar noch von den Großen der Welt hofiert wurde, verwundert es kaum, daß Korruption, Kollusion (Preisabsprache) und Nepotismus zum normalen Alltag wurden.

Indonesiens Ressourcen wurden geplündert, aber Millionen-Kredite flossen Jahr für Jahr großzügig von allen Seiten, nicht zuletzt von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF), durch die zentrale Schaltstelle des Landes: Suhartos Schreibtisch. Ende Februar 1998 belief sich Indonesiens Gesamtverschuldung insgesamt auf 131,7 Mrd. US-Dollar, davon 66,3 Mrd. in der Privatwirtschaft und 65,4 Mrd. öffentli-

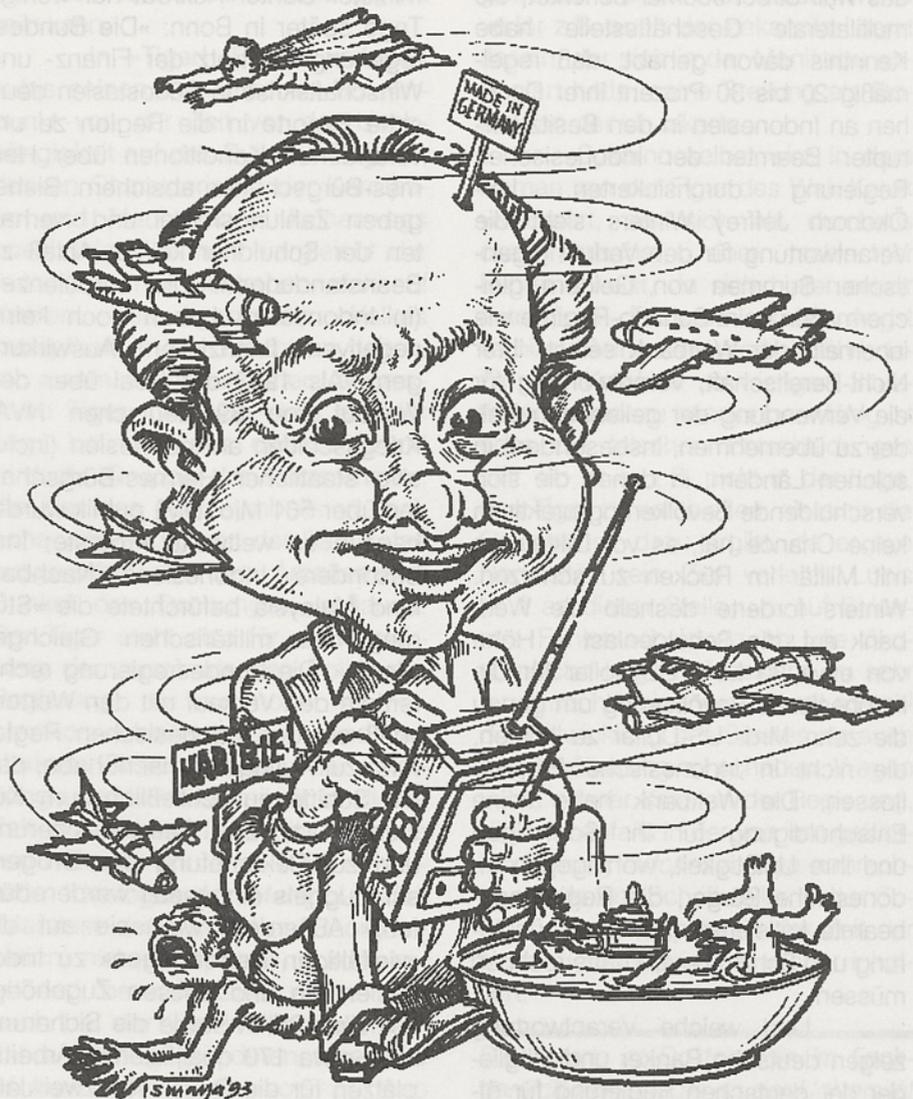
US-Militärattaché in Jakarta. »Werte schaffen war für die Familie weder vorrangig noch eine Begabung. Sie erhielten 10 Prozent von jedem Projekt ohne irgendwelches Geld aufzubringen, dann lehnten sie sich zurück und sammelten die Dividenden ein.« Die *Indonesian Transparency Society* hatte 79 Präsidentialdekrete aufgelistet, die Suharto allein von 1993 bis zum Ende seiner Herrschaft im Mai 1998 zum Nutzen seiner Spezies und seiner Familie erlassen hat. Urteil eines Analysten: »Legale Räuberei«.

### »Legale Räuberei«

Ein Beispiel: Nachdem Jakarta 1993 die alten Kriegsschiffe der NVA billig gekauft hatte, sollten auch noch Busse aus Deutschland importiert werden. Das *Memorandum of Understanding* zwischen Indonesien und den Firmen Nutzfahrzeuge AG und Ferrostaal AG stellte 700 Busse als Transportmittel für Jakarta bereit. Kritiker protestierten gegen den Kauf, weil er für Indonesien mit enormen Extra-Kosten verbunden sein würde: Die Busse sind nur mit Gas nutzbar wofür Extra-Tankstellen errichtet werden müssen, sie entsprechen nicht den Gegebenheiten von Jakarta und das Defizit im Etat seines öffentlichen Verkehrswesens wäre nicht zu bewältigen. Die einfachen Busse waren mit Stückpreisen von 35.000 bis 42.000 DM teurer als Modelle aus Japan. Trotzdem entschied sich die indonesische Regierung schließlich für den Handel mit den Deutschen. Unter Korruptionsverdacht standen immer wieder Mitglieder der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). »Die Hemmschwelle der Käuflichkeit dramatisch gesunken«, so der Bund Deutscher Kriminalbeamter auf seiner internationalen Tagung. Der Publizist Jürgen Roth vertrat die These: »Korruption ist hoffähig, sogar auf höchster politischer Ebene, wie die Geschäfte deutscher Unternehmer im Schlepptau des Kanzlers in Indonesien.« Hier profitiere der Clan des reichsten »Kleptokraten« Asiens. So etwas nähre das Mißtrauen gegenüber der Politik. Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß Zahlungen an politische Parteien im Ausland weiterhin nicht strafbar sind.

Selbst in jüngster Zeit verstummen die Gerüchte nicht: Deutschland ist in mehrfacher Hinsicht Kreditgeber für Indonesien, zum einen über die staatliche Entwicklungshilfe, zum anderen als Anteilseigner am Kreditgeschäft der Weltbank, und zwar sowohl von Staats wegen als auch über Privatbanken wie die Deutsche Bank. Insofern ist Deutschland an der Kreditvergabe beteiligt, die die internationalen Finanzinstitutionen Weltbank, IWF, ADB und US-Export-Import Bank der indonesischen Regierung vor den Wahlen am 7. Juni 1999 gewährten. Nach glaubwürdigen Berichten wurden sie von Indonesiens herrschender Partei GOLKAR (mit Habibie als Präsidentschaftskandidat) genutzt, um ihrer Kampagne zum Sieg zu verhelfen und die Fairneß der Wahlausübung geschickt auszuhebeln. Mit einer schlichten Methode: Die vom IWF zu-

gesagten 400 Mio. US-Dollar wurden nicht erst nach der offiziellen Wahl im Juni 1999, sondern bereits im März an die indonesische Regierung ausgezahlt, mit dem Versprechen einer ähnlichen Summe im Mai. Ebenfalls vor den Wahlen gab die Asian Development Bank 840 Mio. US-Dollar von einem 900 Mio. US-Dollar-Paket an Habibies Interimsregierung frei. Auch die Weltbank stand nicht zurück; sie versprach, zusätzlich eine Darlehensfinanzierung zur Strukturregulierung etwa in der Zeit der Wahlen auszuführen. Die Folgen des märchenhaften Dollarregens vor diesen »freien« Wahlen gibt ein Artikel in der *Jakarta Post* vom 23. März 1999 zum besten: Beamte von GOLKAR verteilten in Ortschaften ganz Javas und Sumatras freizügig Rupiahs und erzählten den Leuten in ihren Wahlkreisen, daß sie diese Unterstützung von ihrer Partei erhielten. Hoch lebe GOLKAR!



## Trägt Habibie Mitverantwortung?

Welche Verantwortung aber trägt Präsident Habibie für diese korrupten Praktiken? Er ist ein gelehriger Zögling Suhartos, das haben bereits viele Vorfälle in der Vergangenheit bewiesen. Als Technologeminister und Direktor des Flugzeugbauers ITPN 1994 steckte Habibie beispielsweise einen zinslosen 184 Mio. US-Dollar-Kredit ein, der ihm aus einem Fonds für die Aufforstung des Regenwaldes von seinem Präsidenten zugeschoben worden war. Die Klage von elf indonesischen Umweltgruppen erklärte Indonesiens Justizminister zwei Monate später für nicht zulässig, da die Umweltverbände aufgrund der Umwidmung des Kredites nicht persönlich Schaden erlitten hätten, somit seien sie auch nicht klageberechtigt. In Indonesien existiert kein Verbandsklagerecht.

Bereits im August 1998 hatte das *Wall Street Journal* berichtet, die multilaterale Geschäftsstelle habe Kenntnis davon gehabt, daß regelmäßig 20 bis 30 Prozent ihrer Darlehen an Indonesien in den Besitz korrupter Beamter der indonesischen Regierung durchsickerten. US-Ökonom Jeffrey Winters sieht die Verantwortung für den Verlust gigantischer Summen von Geldern gleichermaßen beim Suharto-Regime wie innerhalb der Weltbank selbst, ihrer Nicht-Bereitschaft, Verantwortung für die Verwendung der geliehenen Gelder zu übernehmen, insbesondere in solchen Ländern, in denen die sich verschuldende Bevölkerung praktisch keine Chance hat, es vor Diktatoren mit Militär im Rücken zu schützen. Winters forderte deshalb die Weltbank auf, die Schuldenlast in Höhe von etwa 30 Mrd. US-Dollar für die indonesische Bevölkerung um genau die zehn Mrd. US-Dollar zu kürzen, die nicht in indonesische Projekte flossen. Die Weltbank habe keine Entschuldigung für ihr Schweigen und ihre Untätigkeit, wohingegen indonesische Bürger, die Regierungsbeamte kritisierten, mit Einschüchterung und Schlimmerem hätte rechnen müssen.

Und welche Verantwortung zeigen deutsche Banker und Mitglieder der deutschen Regierung für öffentliche Gelder? Die Geschäfte mit

Indonesien lohnten allemal. Erst Ende Januar 1998 war zu erfahren gewesen: »Rüstungsaufträge der indonesischen Regierung an deutsche Werften im Umfang von fast 700 Millionen DM« — als die Inflationsrate in Indonesien bereits zwanzig Prozent betrug, mit steigender Tendenz, die Preissteigerungen für Bedarfsgüter wie Reis, Öl, Soja und Zucker zu großen Unruhen in Jakarta führten, die Zahl der Arbeitslosen sprunghaft stieg, und der indonesische Finanzminister Mar'ie Muhammad überraschend, nach Verhandlungen mit dem IWF, das Wirtschaftswachstum seines Landes für 1998 mit Null angab.

## Malaysia befürchtete die »Störung des militärischen Gleichgewichts«

Mit ungebrochenem Optimismus verkündete Wirtschaftsminister Günter Rexrodt nur wenige Tage später in Bonn: »Die Bundesregierung will trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise in Südostasien deutsche Exporte in die Region zu unveränderten Konditionen über Hermes-Bürgschaften absichern. Bisher geben Zahlungsmoral und -verhalten der Schuldner keinen Anlaß zu Beanstandungen. Die Turbulenzen (in Indonesien) haben noch keine negativen finanziellen Auswirkungen.« Als 1993 der Deal über den Verkauf von 39 deutschen NVA-Kriegsschiffen an Indonesien (inclusive staatlicher Hermes-Bürgschaften über 561 Mio. DM) publik wurde, hagelte es weltweite Proteste; insbesondere Indonesiens Nachbarland Malaysia befürchtete die »Störung des militärischen Gleichgewichts«. Die Bundesregierung rechtfertigte den Verkauf mit den Worten, »daß sie der indonesischen Regierung zur Auflage gemacht habe, daß die Schiffe ausschließlich zum Küstenschutz, zur Seewegeversicherung und zur Bekämpfung des Drogenschmuggels eingesetzt werden dürfen.« Außerdem wies sie auf die »vielfältigen Beziehungen« zu Indonesien hin und dessen Zugehörigkeit zur ASEAN sowie die Sicherung von »etwa 170 qualifizierten Arbeitsplätzen für die Dauer von zwei Jahren in Mecklenburg-Vorpommern«.

Ein Blick hinter die Kulissen verrät gleichwohl den Schutzmechanismus für deutsche Konzerne durch die deutsche Regierung: Die Frankfurter Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sicherte Reparatur und Modernisierung der 39 Schiffe durch einen Kredit in Höhe von 425 Mio. DM. Zusätzlich gewährte die KfW ein Darlehen von 136 Mio. DM, damit Indonesien die Ausstattung der Boote mit »Fernmeldeausrüstungen in digitaler Technik« zahlen konnte, die von Siemens geliefert wurden. Jakarta konnte keine Sicherheiten stellen, also bewilligten die Frankfurter Bankiers die Darlehen erst, nachdem Bonn Hermes-Bürgschaften zugesagt hatte. Für ein Nicht-NATO-Land eigentlich ein ungewöhnliches Entgegenkommen. 698,9 Mio. DM, einschließlich Zinsen, betrug übrigens die Höchsthaftung des Bundes für den auf fünf Jahre angelegten Kredit. 1994 haftete der Bund über Hermes-Zusagen für Lieferungen nach Indonesien im Wert von annähernd acht Mrd. DM.

Und so sorgt Hänchen Müller in Deutschland gleichermaßen für gesicherte Profite der deutschen und der indonesischen Eliten, durch seinen Obulus für die Sicherung für Rüstungsverkäufe wie auch für die korrupten Weltbank-Gelder. Außen vor bleiben einfachste Menschenrechtsstandards: In Ost-Timor, Aceh und Irian Jaya gehen die Morde ungeniert weiter und Eltern können ihren Kindern kein Essen mehr geben, Tag für Tag krepieren »450 Kinder im Vorschulalter«. Und Präsident Habibie? Er hat soeben das Ergebnis der allgemeinen Wahlen anerkannt und sich selbst damit als aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten erkoren.